

Verlegung des Gewerbe- schul- unterrichts.

Der Wiener Fortbildungsschulrat verkündet, daß er mit Rücksicht auf die verschärften Sparmaßnahmen im Verbrauch von Brennmaterialien an den ihm unterstehenden Schulen den Beginn des Vormittagsunterrichtes auf $\frac{1}{2}$ 9 Uhr früh und den Schluß des Nachmittagsunterrichtes auf 6 Uhr nachmittags angesetzt hat. Außerdem wird vom 9. d. an der bisherige **S o n n t a g s - u n t e r r i c h t** an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen auf Werkstage **v e r l e g t**.

Streitfrage unter den Gewerbe- schülern.

Obwohl die Abschaffung des Sonntag- und Abendunterrichtes von den maßgebenden Körperschaften bereits genehmigt und, so weit dies überhaupt möglich war, auch schon durchgeführt wurde, benutzten die Kommunisten, denen diese Tatsachen wohl bekannt waren, diese Frage doch zu einer regen Propaganda für ihre Zwecke. Aus Furcht, die Gewerbeschüler an die kommunistische Partei zu verlieren, betrieben auch die Sozialdemokraten eine lebhafte Agitation. Es begann nun ein Wettlaufen um Mitglieder, die man wegen einer Sache, die man ohnehin schon hatte, durch gegenseitiges Hinanstreifen der Forderungen zu gewinnen hoffte. Es handelte sich bei dem nicht um die ohnedies behördlich gewährten Interessen der Lehrlinge, sondern um die Gewinnung von Parteianhängern.

Dieser Spekulation auf die jugendliche Begeisterungsfähigkeit tritt nun der „Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Oesterreichs“, dem ungefähr 700 Vereine in ganz Deutschösterreich mit insgesamt mehr als 30.000 Mitgliedern angehören, in einem Flugblatt entgegen, worin ausführlich die ganzen Maßnahmen des Fortbildungsschulrates im Interesse der Gewerbeschüler dargelegt werden, da zum Teil ganz andere Gründe schuld daran sind, daß manche der bereits anbefohlenen Maßnahmen noch nicht durchgeführt werden konnten. Aus der ganz überflüssig gewordenen Agitation, mit der für einen Streik der Gewerbeschüler geworben wird, könnten diese ersehen, worauf es die Veranstalter dieser Bewegung eigentlich abgesehen haben.

Den teils undurchführbaren, teils schon durchgeführten Forderungen der beiden sozialistischen Parteien stellt nun der Reichsbund der katholischen deutschen Jugend (Wien, 1. Bezirk, Grashofgasse 3), die stärkste Jugendorganisation Deutschösterreichs für die arbeitende Jugend, folgendes soziale Programm entgegen:

I. Jugendschutz. (Allgemeines.)

Verbot der Erwerbsarbeit für die schulpflichtige Jugend. Beschränkung der Erwerbsarbeit aller Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Jahres auf 8 Stunden an den Tagen, außer Samstag, an dem nur 4 Stunden gearbeitet werden darf. Verbot der Arbeit für alle Jugendlichen grundsätzlich zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Ununterbrochene 42stündige Sonn- und Feiertagsruhe für die erwerbende Jugend. Alljährlich bezahlten Urlaub für alle Jugendlichen. Errichtung von Erholungsheimen für Jugendliche. Verbot der Verwendung von Jugendlichen in gesundheitschädlichen und sittengefährdenden Betrieben.

II. Für Lehrlinge, Lehrlingmädchen und Praktikanten.

Verbot des Gewerbe- und Fortbildungsschulunterrichtes an Sonn- und Feiertagen und nach 6 Uhr abends. Verbot der Verwendung von Lehrlingen zu häuslichen oder sonstigen außergewerblichen Verrichtungen. Festschreibung von Lehrlingsstellen. Schaffung von Lehrlingsprüfungskommissionen (paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet). Gesellenprüfung mit Gastbarkeit des Lehrherrn für vollen Erfolg. Abschaffung des Rechtes der körperlichen Züchtigung. Abschaffung der vom Lehrling zu tragenden Aufbungs- und Freisprechgebühren. Genauere Ueberwachung der Schutzbestimmungen durch die Gewerbeinspektoren, eventuell Bestellung eigener Lehrlingsinspektoren.